

18. September 2010: KETTENreAKTION geht weiter!



Foto: argus/Schröder

Heißer Herbst mit Atomausstieg und Gorleben Stopp

Während die Pläne der Bundesregierung, die Laufzeiten für Atomkraftwerke zu verlängern selbst innerhalb der Koalition umstritten sind, macht die Anti-Atom-Bewegung mobil wie lange nicht. Nach der überwältigenden KETTENreAKTION im April mit fast 150.000 DemonstrantInnen wird nun der heiße Herbst eingeläutet.

Ende August soll das Energiekonzept der Bundesregierung nach langem hin und her auf den Tisch kommen. Dann soll auch klar sein, in welchem Umfang die Laufzeiten der AKWs verlängert werden. Bereits im September könnte dann im Bundestag über eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes debattiert werden.

Vermutlich hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung das alles ganz anders vorgestellt, als sie sich auf das Ziel einer Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke festgelegt hat. Denn nicht nur die Anti-Atom-Bewegung reagierte mit Demonstrationen in Gorleben (November 2009 über 15.000 TeilnehmerInnen), Berlin (September 2009, über 50.000 TeilnehmerInnen) und der Kettenreaktion (April 2010 mit fast 150.000 DemonstrantInnen) unerwartet stark. Schon dies zeigt, wie sehr das Thema Atomenergie immer noch mobilisiert und viele Menschen und gesellschaftlichen Bereiche beschäftigt. Auch die Bündnisse, die diese Aktionen organisierten, zeigen, dass eine gesellschaftliche Vielfalt und Breite sich für den Atomausstieg engagieren, wie es sie in nur wenigen anderen Politikfeldern gibt. Störfeuer gegen den weiteren Betrieb von Atomkraftwerken gibt es daher nicht mehr nur aus dem Umfeld von Umweltorganisationen, Parteien und Gewerkschaften.

Selbst die eigenen Berater der Bundesregierung in Sachen Umwelt halten eine Laufzeitverlängerung der AKWs für den falschen Weg. Der Energieexperte des Rates, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, betonte als Fazit einer umfangreichen Studie zur künftigen Energiepolitik: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits.“

Inzwischen haben auch die Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien wirtschaftliche Macht erlangt. Der Versuch der Atomwirtschaft und Bundesregierung sie mit Gewinnen aus den längeren Laufzeiten zu ködern, scheiterte komplett: Längere Laufzeiten für Atommeiler, so der BEE, blockiere den Ausbau einer klimafreundlichen Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien. Atom-

energie und erneuerbare Energien gehen nicht zusammen, stellte der Verband klar. Auch die wiedererstarteten Stadtwerke meldeten sich zu Wort. Die im Verband kommunaler Unternehmen zusammengeschlossenen Stadtwerke lehnten Laufzeitverlängerungen der AKWs ab, weil diese ihre geplanten Investitionen von mehreren Milliarden Euro für mehr Klimaschutz gefährdeten und nur die Marktmacht der großen vier Stromkonzerne absichern würden. Gegner einer schwarz-gelben Regierungspolitik, mit der Merkel und Co sicher so nicht gerechnet hatten.

Doch auch innerhalb der Regierungsparteien ist man sich nicht einig. Einerseits gibt es einen durchaus ernsthaften Streit um die Frage, wie lange die Laufzeiten denn verlängert werden sollten. Andererseits geht es darum, ob man die notwendigen Gesetzesänderungen am Bundesrat vorbei betreiben kann. Nicht nur SPD-geführte Bundesländer und die Grünen haben Verfassungsklagen angekündigt, falls die Regierung eine Entscheidung nur auf den Bundestag gestützt durchziehen will. Auch die schwarz-gelbe Landesregierung von Schleswig-Holstein hat ebenso wie Bundesumweltminister Röttgen per Rechtsgutachten feststellen lassen, dass die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ohne Beteiligung des Bundesrats verfassungswidrig wäre. Das dürfte also in der Chaos-Truppe um Angela Merkel noch jede Menge Tauziehen geben.

Und sie wird sicherlich noch mehr Probleme bekommen, denn Umweltorganisationen und Initiativen rufen jetzt für den **18. September zu einer weiteren Groß-Demonstration mit Umzingelung des Regierungsviertels nach Berlin** auf! Für Mitte Oktober ist eine **bundesweite Aktionskette entlang der Castorstrecken** nach Gorleben, Ahaus und Lubmin geplant. Und im November – wenn die nächsten Castortransporte ins Wendland rollen – wird es im Wendland zu einer **Großkundgebung in Dannenberg mit anschließenden Aktionen** kommen. Der Protest richtet sich nicht nur gegen die Castortransporte, sondern auch gegen den Versuch der Bundesregierung Gorleben als Endlager für hochradioaktive Abfälle durchzusetzen.

Dirk Seifert
www.robinwood.de/energie